

Sitz / Verbreitung	Bundesverband: Parchim (Mecklenburg-Vorpommern) Landesverband: Dortmund
Gründung / Bestehen seit	Bundesverband: 27. Mai 2012 Landesverband: 15. September 2012
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Christian Worch; Landesvorsitzender: Dennis Giemsch; insgesamt zwei Ratsmandate und vier Mandate in Bezirksvertretungen in Dortmund und Hamm
Mitglieder / Anhänger /	Bund: ca. 500 → NRW: ca. 280 →
Unterstützer 2014	
Veröffentlichungen	Web-Angebote: Veröffentlichungen der Partei auf Bundes- und Landesebene überwiegend über soziale Medien wie Facebook oder Twitter; Internetseite www.dortmundecho.org als Hauptsprachrohr des Landesverbandes beziehungsweise des Kreisverbandes Dortmund.
Kurzportrait / Ziele	<p>Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei Die Rechte ist vor allem ein Sammelbecken von Neonazis, die aus den 2012 verbotenen Kameradschaften stammen. Die Führung des Landesverbandes sowie der aktivsten Kreisverbänden wurde von langjährigen Aktivisten übernommen, die bereits Führungsaufgaben in den damaligen Kameradschaften innehielten.</p> <p>Die Rechte beteiligt sich hauptsächlich an der Parteiendemokratie, um den vorteilhaften Parteienstatus zu erhalten. Ziel des Landesverbandes ist es, die bisherigen neonazistischen Aktivitäten nunmehr im Schutz des sogenannten Parteienprivilegs aus Art. 21 GG zu betreiben und neonazistische Propaganda zu verbreiten. Die Partei Die Rechte zeichnet sich durch eine ideologische Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus und aggressiv-kämpferisches Auftreten auf.</p>

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge der Parteimitglieder und Einnahmen aus von der Partei durchgeführten Veranstaltungen wie Konzerten

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei **Die Rechte** ist in struktureller Hinsicht ein Sammelbecken für Neonazis, ideologisch wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus und tritt in aggressiv-kämpferischer Weise auf. Dies trifft insbesondere auf den Landesverband Nordrhein-Westfalen zu, der den Bundesverband dominiert.

Die Gründung des Landesverbandes erfolgte am 15. September 2012. Dies geschah als Reaktion auf das Verbot von neonazistischen Kameradschaften in Dortmund, Hamm und Aachen am 23. August 2012. Der Landesverband in Nordrhein-Westfalen stellt eine Auffangorganisation für einen wesentlichen Teil der verbotenen Kameradschaften dar. So setzt sich die Führung des Landesverbandes aus den Anführern der verbotenen Kameradschaften Dortmund und Hamm zusammen. Die Kreisverbände in Dortmund, Hamm und Aachen sind in der Führungs- und Mitgliederstruktur weitgehend mit den verbotenen Kameradschaften in den jeweiligen Regionen identisch.



Ein politisch-ideologischer Schwerpunkt der Partei **Die Rechte** ist die Fremdenfeindlichkeit. Das Parteiprogramm stellt einen Zusammenhang zwischen Migranten und dem Begehen von Straftaten her, um Migranten pauschal zu diskreditieren und fremdenfeindliche Vorurteile zu schüren. Sozialleistungen, wie Kindergeld, das im Programm vorgeschlagene Müttergeld oder soziale Sicherungen von Arbeitnehmern, sollen nur Deutschen ausgezahlt werden. Diese fremdenfeindlichen Positionen greift auch der Kreisverband Dortmund in seinem Kommunalwahlprogramm auf, dass das Verhältnis zwischen einheimischer Bevölkerung und Migranten als Freund-Feind-

Konstellation darstellt, in der die einheimische Bevölkerung bedrängt werde. Dabei ist die Thematisierung der Kriminalität von Migranten für die Partei **Die Rechte** nur ein Vehikel, um ihrer generellen Fremdenfeindlichkeit insbesondere auch gegenüber Sinti und Roma Ausdruck zu verleihen.

Des Weiteren propagiert **Die Rechte** offen Rassismus auf ihren Demonstrationen mit Parolen wie: „*Wir sind weiß, wir sind rot, für die Rasse in den Tod*“. Den Rassismus vertreten sie im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie und verbinden ihn mit einem völkischen Nationalismus. So lautet eine weitere Parole auf mehreren Demonstrationen der Partei im Jahr 2014: „Alles für Volk, Rasse und Nation.“

Auch die mittlerweile im Rechtsextremismus weit verbreitete islamfeindliche Kampagne greift auch **Die Rechte** auf. So führt sie gegen Moscheebauvorhaben in Hamm und Grevenbroich Kampagnen durch und versucht, Ängste gegen Muslime zu schüren, indem sie sie mit religiösen Extremisten und Terroristen gleichsetzt. Der Kreisverband Hamm spricht Muslimen gar mit „Blut und Boden“-Argumenten bürgerliche Rechte ab: *„DIE RECHTE lehnt es kategorisch ab, dass islamische, vom Ausland finanzierte Organisationen überhaupt in Deutschland Grund und Boden erwerben dürfen. Das Recht zum Erwerb von Grundeigentum sollte an die deutsche Staatsbürgerschaft geknüpft sein, die sich wiederum an der ethnischen Abstammung zu orientieren hat.“*

Die Rechte propagiert wiederkehrend Antisemitismus. Der Onlineversandhandel „**Antisem Versand**“, den der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen betreibt, bringt über seine Webadresse „antisem.it“ die antisemitische Einstellung provokativ zum Ausdruck. Zudem stellt das auf der Webseite verkündete Motto „antisem.it hat es nie gegeben“ eine zynische Persiflage auf die strafrechtlich verbotene Leugnung des Holocausts dar. Des Weiteren skandierten die Teilnehmer einer Veranstaltung der Partei **Die Rechte** am 21. Dezember 2014 unter anderem die Parole „Antisemiten kann man nicht verbieten!“ und verhöhnten jüdische Opfer des Nationalsozialismus: „Wer sitzt im Schrank? Anne Frank!“ Die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen verzerrt **Die Rechte** im Dortmunder Kommunalwahlprogramm als „den Deutschen vielfach zugemutete einseitige Vergangenheitsbewältigung.“ Ebenfalls relativiert **Die Rechte** die Verbrechen, indem sie nur allgemein nationalsozialistisches Unrecht bedauert und im nächsten Satz daran erinnert, „dass schwere Kriegsverbrechen auch von den Siegermächten begangen wurden.“ Dies dient dazu, die systematischen Massenvernichtungen in Konzentrationslagern mit vermeintlichen Kriegsverbrechen anderer Staaten auf eine Stufe zu stellen.

Darüber hinaus bezieht sich **Die Rechte** positiv auf das nationalsozialistische Regime und stellt sich in deren Tradition. Auf Kundgebungen von **Die Rechte** skandieren die Teilnehmer „Nationaler Sozialismus Jetzt“. Der ursprüngliche Spitzenkandidat für die Europawahl bekennt sich auf einer Rede am 18. Januar 2014 zum Nationalsozialismus, was er als Synthese auf Nationalismus und Sozialismus verbrämt: *„Die an den ewigen Lebensgrundsätzen ausgerichtete*

UNSER SPITZENKANDIDAT:



SIEGFRIED BORCHARDT

Wie viele Generationen in unserer Geschichte haben wir die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit der Versammlung genossen? Und wie viele Generationen haben wir die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit der Versammlung genossen? Und wie viele Generationen haben wir die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit der Versammlung genossen?

Die Interessen liegen für uns in der Freiheit der Meinungsäußerung und in der Freiheit der Versammlung. Wir sind für eine Politik, die die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit der Versammlung schützt und fördert. Wir sind für eine Politik, die die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit der Versammlung schützt und fördert.

**JETZT MIT NOCH
VIEL MEHR:
EINWANDERUNG!
SOZIALBAU!
KRIMINALITÄT!
WERTEVERFALL!**

WAR NUR SPASS.
SIE SIND:



DIE RECHTE
DORTMUNDS NEUE RECHTSPARTEI

www.dortmunds-neue-rechtspartei.de

Die Partei **Die Rechte** versucht die von ihnen ausgemachten Feinde der Partei einzuschüchtern. Zu diesen politischen Gegnern zählen Politiker, Journalisten und Bürger, die sich kritisch mit der Partei **Die Rechte** beschäftigen sowie Beamte, die im Sinne der wehrhaften Demokratie repressive Maßnahmen gegen Neonazis veranlassen. Dabei formulieren die Parteiaktivisten die Bedrohungen meistens unterhalb der Grenze der Strafbarkeit. Zugleich sind die Einschüchterungsversuche eindeutig genug, dass die Adressierten wissen, wie es gemeint ist. Bei den Demonstrationen setzt **Die Rechte** den aggressiven, auf Beherrschung des öffentlichen Raumes

gerichteten, aktionsorientierten Stil der Kundgebungen der verbotenen Kameradschaften fort. Die aggressiv-kämpferische Einstellung der Parteimitglieder wird durch Rufe wie „*Linkes Gezeiter, neun Millimeter*“, „*Wir waschen unsere Stiefel mit dem Blut der Antifa*“ und „*Ein Hammer, ein Stein, ins Arbeitslager rein*“ bei zahlreichen Demonstrationen deutlich.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Bundesverband

In Hamm veranstaltete der Bundesverband am 4. Juli 2014 seinen Bundesparteitag. Dass dieser vor allem durchgeführt wurde, um den Parteienstatus formal zu festigen, zeigt der Bericht von der Partei **Die Rechte**: „*Da das Gesetz vorschreibt, daß mindestens in jedem Kalenderjahr der Vorstand neu zu wählen ist, und da unsere Partei seit nunmehr etwas über zwei Jahren besteht, war also eine solche Wahl fällig*“. Die Teilnehmer wählten den Führungsaktivisten Christoph Drewer aus Dortmund zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Der Landesvorsitzende aus Nordrhein-Westfalen Giemsch sowie der Kreisvorsitzende aus Hamm wurden Beisitzer im Vorstand. Von einer politischen Aussprache auf dem Bundesparteitag berichtet die Partei nicht.

Über den Bundesvorsitzenden kündigte die Partei **Die Rechte** bereits 2013 an, an den Europawahlen teilzunehmen. Sie benannte einen einschlägig bekannten Neonazi, der zum damaligen Zeitpunkt in Untersuchungshaft wegen mutmaßlicher Unterstützung einer kriminellen Vereinigung saß, zum Spitzenkandidaten. In der Folgezeit gelang es der Partei jedoch nicht, die zum Wahlantritt nötigen 4.000 Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Dies lag im Wesentlichen daran, dass sich kaum Parteimitglieder für diese Aufgabe engagierten. Infolgedessen trat die Partei nicht zur Europawahl an. An den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg 2014 nahm die Partei **Die Rechte** ebenfalls nicht teil, obwohl sie über dortige Landesverbände verfügte. In der Gesamtschau lässt das Verhalten der Partei erhebliche Zweifel aufkommen, ob sie an der politischen Willensbildung insbesondere an der parlamentarischen Demokratie mitwirken will.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen führte seinen Landesparteitag am 11. Oktober 2014 durch. Die Mitglieder bestätigten den Landvorsitzenden Giemsch in seinem Amt. Insgesamt dominieren Aktivisten aus Dortmund und Hamm den Landesvorstand. Laut eigenem Bericht beendeten die Mitglieder den Parteitag mit dem Lied „*Wenn alle untreu werden, welches den Geist verkörpert, der für viele Aktivisten Ansporn im täglichen politischen Kampf ist!*“ Dieses Lied hatte im Nationalsozialismus für die SS eine identitätsstiftende Funktion und wurde im SS-Liederbuch aufgeführt.

Giensch verdeutlichte bei der Veranstaltung, dass der Landesverband keine politische Funktion habe, sondern lediglich eine Verwaltungseinheit sei. Dies zeigt, dass der Landesverband Nordrhein-Westfalen von **Die Rechte** eine politische Willensbildung auf Landesebene ablehnt. Dem entspricht es, dass der Landesverband auf seiner Webseite keine Beiträge zu politischen Themen veröffentlicht. Laut Giensch seien die Kreisverbände die eigentlichen politischen Akteure, die autonom über inhaltliche Belange und Aktivitäten entscheiden. Diese Organisationsstruktur stellt den Versuch dar, die dezentrale Struktur der Neonazi-Szene in vormals lokalen Kameradschaften in eine Parteiorganisation zu überführen. Dass der Großteil der Aktivisten sich weiterhin nicht als Mitglied einer Partei versteht, die sich an der parlamentarischen Demokratie beteiligt, zeigt sich daran, dass lediglich drei von zehn Kreisverbänden in Nordrhein-Westfalen versuchten an den Kommunalwahlen 2014 teilzunehmen.

Kreisverbände Aachen und Heinsberg

Die gemeinsam agierenden Kreisverbände Aachen und Heinsberg führten am 29. März 2014 in Aachen einen Fackelmarsch mit Kundgebungen mit circa 90 Teilnehmern durch. Neben fremdenfeindlichen Sprüchen skandierten die Teilnehmer die Parolen „Aachen erwache“ und „Rheinland erwache“. Damit veränderten sie die verbotene Losung der SA „Deutschland erwache“ geringfügig mit lokalem Bezug. Die Veranstaltung scheint als Ersatz für die in der Vergangenheit von der inzwischen verbotenen „Kameradschaft Aachener Land“ am ersten Aprilwochenende in Stolberg durchgeführten Veranstaltung zu fungieren. So riefen die Teilnehmer bezeichnenderweise „Trotz Verbot sind wir nicht tot“. Thematisch schließt die Kampagnenseite auf Facebook unter dem fremdenfeindlichen Slogan „Multikultur tötet“ an frühere Versammlungen an. Während der Vorsitzende des Wuppertaler Kreisverbandes als Redner ein Hitler-Zitat als Zitat des „allergrößten Staatsmannes aller Zeiten“ ankündigte, drohte ein Parteiaktivist aus Hamm demokratischen Politikern: „*Wenn eine andere Fahne über dem Reichstag weht, wer weiß dann schon, was uns so ein Leben dieser Volksverräter noch wert sein wird*“. Im Nachgang zur Veranstaltung verbreiteten die rheinischen Kreisverbände ein Video, das unter anderem den Aachener Fackelmarsch mit moderner Popmusik untermalt. Es wird dabei der Spruch eingeblendet: „Die Form ist wandelbar. Die Nachricht immer gleich!“ Auch dies weist darauf hin, dass die Organisationsform als Partei nur Mittel zum Zweck ist, die neonazistische Propaganda zu verbreiten.

Unter dem Namen „**Syndikat 52**“ veröffentlichten Mitglieder der Partei **Die Rechte** ein weiteres Facebook-Profil, das sich zum einen um jugendkulturelle Affinität bemüht, zum anderen militant gestaltet ist. Am 4. Juli 2014 posierten Mitglieder von **Die Rechte** gemeinsam mit einer Fußballfanggruppe vor einer Gaststätte. Als ein Passant sie wegen des Zeigens des Hitlergrußes ansprach,



wurde er von drei Personen angegriffen. Diesbezüglich ermittelt die Polizei unter anderem gegen den Kreisvorsitzenden von **Die Rechte** Aachen. Ein Teil der Mitglieder der beiden Kreisverbände nahm an regionalen und überregionalen rechtsextremistischen Versammlungen sowie bei PEGIDA-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen teil.

Kreisverband Düsseldorf/Mettmann/Solingen mit Ortsverband Neuss/Grevenbroich

Aktivisten des Kreisverbandes unterstützten verschiedene rechtsextremistische Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen von **Die Rechte** und in Remagen (Rheinland-Pfalz) als Redner oder Versammlungsleiter. Der Ortsverband Neuss/Grevenbroich trat in Zusammenhang mit dem Neubau einer Moschee in Grevenbroich in Erscheinung und schürte zunächst auf einem Facebook-Profil und mittels Flugblättern Ressentiments über Muslime. Inzwischen richtet sich die Hetze ebenfalls gegen Asylbewerber und Flüchtlinge.

Kreisverband Dortmund

Der Kreisverband Dortmund ist der Hauptakteur im Landesverband. Er hat eine hochaktive Anhängerschaft von bis zu 80 Personen in Dortmund und seinen Nachbarstädten. Der Landesvorsitzende sowie zwei weitere Personen des Landesvorstandes stammen aus dem Dortmunder Kreisverband und auch der stellvertretende Bundesvorsitzende stammt aus Dortmund. Der Kreisverband ist in der deutschen rechtsextremistischen Szene gut vernetzt und pflegt darüber hinaus auch internationale Kontakte, insbesondere nach Osteuropa und zur militant rechtsextremistischen Partei Goldene Morgenröte in Griechenland.



In Dortmund trat **Die Rechte** 2014 zur Kommunalwahl an. Im Wahlkampf waren die Aktivisten mit teilweise mehreren Infoständen wöchentlich präsent. Zudem hängten sie eine Vielzahl von Plakaten mit fremdenfeindlichen Sprüchen auf. Bei der Wahl gewannen sie ein Mandat im Stadtrat und drei weitere Sitze in Bezirksvertretungen. Am Wahlabend kam es zu gewalttätigen

Auseinandersetzungen am Dortmunder Rathaus, als Mitglieder und Anhänger der Partei uniformiert in aggressiver Stimmung zur Wahlparty ins Rathaus wollten.



Dennis Giemsch
c/o Postfach 880168
44082 Dortmund

Internet: dortmunds-rechte.com
E-Mail: dore@mvivm.in

Dortmund, den 15.10.2014

Oberbürgermeister Ulrich Sierau
Stadt Dortmund
Friedensplatz 1
44132 Dortmund

Anfrage für die Sitzung des Rates der Stadt Dortmund am 13.11.2014

Ich bitte darum, folgende Anfrage in die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Dortmund am 13.11.2014 aufzunehmen und durch Sie bzw. die Verwaltung zu beantworten:

Jüdische Mitglieder in Dortmund:

Anfrage:

1.) Wieviele Menschen jüdischen Glaubens sind aktuell (Stand Oktober 2014) in Dortmund bekannt? Liegen der Stadt Dortmund offizielle Zahlen vor, werden die Gläubigen registriert?

2.) Ist es möglich, die Zahl der Menschen jüdischen Glaubens nach Stadtbezirken aufzugliedern?

Begründung:

Um einen angemessenen Umgang mit allen Religionen zu finden, ist es notwendig, deren Bedeutung in unserer Stadt herauszufinden. Für unsere politische Arbeit ist daher die Zahl der in Dortmund lebenden Menschen jüdischen Glaubens relevant.

Mit freundlichen Grüßen,

Dennis Giemsch

Bereits nach wenigen Wochen gab der Kreisvorsitzende Siegfried Borchardt, dessen Mandatsgewinn internationales Aufsehen erregt hatte, sein Mandat wieder ab, so dass der ideologisch versiertere Giemsch in den Dortmund Rat nachrückte.

Wie sich **Die Rechte** Dortmund die Ratsarbeit vorstellt, machte die Partei in einem Artikel vom 4. Juni 2015 deutlich. „*Statt feigen Kompromissen, bleibt für die Rechten knallharte Oppositionsarbeit. Frei nach dem Motto: 'Wir verhandeln nicht mit Demokraten!'*“ Insofern

dienen die Mandate im Stadtrat und in den Bezirksvertretungen nicht dazu, sich an der parlamentarischen Demokratie zu beteiligen, sondern den Stadtrat als Bühne für rechtsextremistische Propaganda zu missbrauchen. So überschwemmten die Mandatsträger der Partei den Stadtrat und die Bezirksvertretungen mit einer Vielzahl von Anfragen, die einzig der Provokation dienten. Beispielsweise fragte das Ratsmitglied Giemsch in einer Anfrage die Stadt Dortmund nach der Anzahl der in Dortmund lebenden Juden und nach den von ihnen bewohnten Stadtbezirken. In der Begründung der Anfrage hieß es, dass die Informationen für die politische Arbeit relevant seien. Wie die politische Arbeit der Partei **Die Rechte** aussieht, wurde deutlich, als eine israelische Jugendmannschaft zu einem Freundschaftsspiel in Dortmund antrat und Aktivisten von **Die Rechte** das Spiel besuchten, um antisemitische Parolen zu rufen.

Neben den öffentlichkeitswirksamen Provokationsmöglichkeiten dient das Ratsmandat der Akquirierung von staatlichen Finanzmitteln. Obschon sich **Die Rechte** und die **NPD** bis zur Wahl heftig befehdeten, beabsichtigten sie im neuen Rat eine Ratsgruppe zu bilden, um hierdurch

jährlich mit rund 40.000 Euro aus kommunalen Mitteln bezuschusst zu werden. Bislang ist eine solche Gruppe nicht zustande gekommen.

Im Jahr 2014 führte die Partei 76 Versammlungen in Dortmund durch, während es in 2013 noch 30 waren. Die größte Veranstaltung 2014 war die Demonstration und Kundgebung am 1. Mai, bei der rund 490 Rechtsextremisten aus mehreren Bundesländern durch Dortmund zogen und fremdenfeindliche Parolen skandierten.

Wie in den vergangenen Jahren wollten die Dortmunder Rechtsextremisten erneut kurz vor Weihnachten vor Privatwohnungen von politischen Gegnern demonstrieren. Dazu gehörte unter anderem ein Lokaljournalist, der regelmäßig über rechtsextremistische Aktivitäten in Dortmund berichtet. Dieses Vorgehen dient einzig und allein der Einschüchterung der Betroffenen. Nachdem die Polizei die Versammlung in unmittelbarer Nähe der privaten Wohnungen untersagte und **Die Rechte** sie verlegen musste, verhöhnten sie unter anderem Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt und des nationalsozialistischen Regimes.

- „*Mehmet hat's erwischt*“. Mehmet Kubaşık wurde 2006 in Dortmund durch den NSU 2006 ermordet.
- „*Thomas Schulz das war Sport – Widerstand an jedem Ort*.“ Thomas Schulz wurde 2005 durch einen Dortmunder Rechtsextremisten erstochen.
- „*Anne Frank in den Schrank*“. Anne Frank war Jüdin und versteckte sich ab 1942 vor den Nationalsozialisten über zwei Jahre in einem kleinen Hinterhaus in Amsterdam.
- „*Gregor Lange aus der Traum, bald liegst Du im Kofferraum*.“ Gregor Lange ist der Dortmunder Polizeipräsident.

Im Sommer 2014 propagierte der Kreisverband Dortmund, dessen Vorsitzender 2014 vom Bochumer Landgericht unter anderem wegen Körperverletzung verurteilt wurde, die Gründung eines „Rechten Stadtschutzes Dortmund“. In der Art einer Bürgerwehr wolle man mit gelben T-Shirts uniformiert „*Präsenz zeigen an Orten mit hoher Kriminalität zur Prävention von Straftaten [...] sowie Personen- und Objektschutz nach individuellen Gefahrenprognosen, z.B. im Umfeld von Asylbewerberheimen*“. Auch mit dieser Aktion bezweckt der Kreisverband einerseits öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen und andererseits politische Gegner einzuschüchtern.

Der Kreisverband Dortmund pflegt Kontakte in die Dortmunder Hooligan-Szene. Der Kreisvorsitzende Borchardt war einst selbst Anführer der Borussenfront und einer der jetzigen Führungsakteure ist zugleich Mitglied bei **Die Rechte** Dortmund. So mobilisierte **Die Rechte** in Dortmund ab September 2014 zu den HoGeSa-Versammlungen, wobei sie allerdings betonte, dass man nicht nur gegen Salafisten sei, sondern generell gegen Muslime und Migranten. Als in Dortmund am 28. September 2014 ein HoGeSa-Treffen stattfand, beteiligte sich auch **Die Rechte**. Ebenfalls nahm eine Gruppe des Kreisverbandes an der HoGeSa-Versammlung am 26. Oktober in Köln teil. Unmittelbar nach ihrer Ankunft suchte sie die Auseinandersetzung mit Gegendemonst-

ranten, was die Polizei verhinderte. Nach der Beendigung der Versammlung zog die Dortmunder Gruppe durch Nebenstraßen und skandierte rechtsextremistische Parolen. Als im Dezember 2014 auch in Nordrhein-Westfalen die PEGIDA-Versammlungen begannen, nahmen die Dortmunder Rechtsextremisten mehrfach teil.

Weiterhin veranstalteten die Dortmunder Rechtsextremisten Konzerte. Einen Balladenabend führten sie konspirativ organisiert im Ruhrgebiet durch und ein Open-Air Konzert gemeinsam mit dem Landesverband Baden-Württemberg in Sachsen, an dem rund 500 Besucher teilnahmen. Ebenfalls beteiligten sich Dortmunder Rechtsextremisten an der Durchführung einer Kampfsportveranstaltung in Rheinland-Pfalz.

Kreisverband Hamm

Der Kreisverband Hamm gehört zu den aktivsten im Landesverband. Der Kreisvorsitzende ist auch im Landes- und Bundesvorstand vertreten. Besonders öffentlichkeitswirksam agierte der Kreisverband im Kommunalwahlkampf, indem er mehrere Informationsstände durchführte und vielfach plakatierte. Bei den Plakaten kopierten sie das Motiv der durchgestrichenen Moschee, mit dem **Pro NRW** bereits in den letzten Jahren Stimmung gegen den Bau von Moscheen betrieb. Zudem verbreiteten sie ein Plakat mit dem Spruch „Wir hängen nicht nur Plakate“.

Bei den Kommunalwahlen erzielte **Die Rechte** in Hamm einen Sitz im Stadtrat sowie einen in einer Bezirksvertretung. Das ändert freilich nichts an der grundsätzlichen Ablehnung der parlamentarischen Demokratie. So beschrieb der Kreisverband das Selbstverständnis im Rat der Stadt 4. Juni 2014 auf seiner Homepage folgendermaßen: *„DIE RECHTE wird ohnehin Fundamentalopposition betreiben. Mit den anderen im Stadtrat vertretenen Systemparteien, Volkszerstörern und Deutschland-Abschaffern wollen wir nichts, aber auch wirklich gar nichts gemeinsam haben“*. Am 13. Juni bekräftigten sie diese Auffassung und nannten sich in einem Beitrag über die konstituierende Sitzung des Stadtrates „einen Stachel im Fleisch des Systems“.

Der Kreisverband organisierte mehrere Veranstaltungen zur ideologischen Schulung. Insbesondere standen revisionistische Themen im Vordergrund. Dabei arbeitete er kontinuierlich mit dem **NPD** Kreisverband Unna/Hamm zusammen. Beispielsweise organisierten die beiden Kreisverbände am 26. April 2014 eine gemeinsame Veranstaltung, in der ein bekannter Revisionist die Kriegsschuld Deutschlands am zweiten Weltkrieg bestritt. Am 6. Dezember 2014 veranstaltete der Kreisverband eine Weihnachtsfeier im nationalsozialistischen Stil. Dort sangen sie ein Winterlied, das in der Hitlerjugend populär war.

Am 3. Oktober 2014 organisierte der Kreisverband eine Demonstration, an der knapp 200 Neonazis teilnahmen und fremdenfeindliche, nationalistische und rassistische Parolen skandierten. Ein Redner merkte auf der Versammlung an: *„Heute findet eine Veranstaltung statt, bei der jeder*

der hier zum Mikrofon greifenden Redner entweder droht in Haft zu verschwinden oder bereits eine Haftstrafe hinter sich hat“. Auch das zeigt die aggressiv-kämpferische Grundhaltung der Partei **Die Rechte**.

Kreisverband Oberberg

Der Kreisverband Oberberg gründete sich am 19. April 2014, was er am symbolträchtigen 20. April, Hitlers Geburtstag, auf seiner neuen Internetseite verkündete. Bislang beschränkte sich die Arbeit des Kreisverbandes auf das Verteilen von Flugblättern und der Teilnahme an geschichtsklitternden Gedenkveranstaltungen und an einer Sonnenwendfeier. Die Oberberger Aktivisten beteiligten sich gelegentlich an Demonstrationen von **Die Rechte** und machten bei der BoGiDa-Demonstration am 22. Dezember 2014 in Bonn mit einem eigenen Transparent auf sich aufmerksam. Eine größere Öffentlichkeit erreichten die Mitglieder durch den Besuch des Sommerfestes der Partei DIE LINKE. Auf ihrer Internetseite stellten sie dies als angebliche Annäherung der beiden Parteien dar, was zu einer breiteren öffentlichen Diskussion führte.

Kreisverband Rhein-Erft

Der Kreisverband Rhein-Erft stellt gewissermaßen eine Besonderheit in der Partei **Die Rechte** dar, weil er sich besonders im diskursorientierten Rechtsextremismus betätigt. So nahmen Mitglieder an rechtsextremistischen „Kulturveranstaltungen“ teil, die der Kreisverband zum Teil selbst veranstaltete. Man lud eine bundesweit aktive Holocaust-Leugnerin zu einem Vortrag ein und führte ein sogenanntes „Heldengedenken“ durch, bei dem das nationalsozialistische Deutschland als Opfer dargestellt wurde. Weiterhin verteilte der Kreisverband Mitte 2014 mehrfach Flugblätter mit dem Titel „Israel mordet“ und verbreitete darin antisemitische Propaganda. Auch an den meisten rechtsextremistischen Demonstrationen beteiligte sich eine Delegation des Kreisverbandes. Auf der regelmäßig aktualisierten Internetseite des Kreisverbandes findet sich die gesamte Bandbreite rechtsextremistischer Agitation wieder: von Demokratiefeindschaft über Antisemitismus bis hin zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Kreisverband Wuppertal

Der Wuppertaler Kreisverband nahm an den Kommunalwahlen teil und versuchte mit nationalistischen Sprüchen auf Wahlplakaten bei den Wählern zu punkten. Allerdings konnte er weder im Stadtrat noch in den Bezirken ein Mandat gewinnen.

In der zweiten Jahreshälfte wollte der Kreisverband mit der Einrichtung einer vermeintlichen „Bürgerwehr“ namens „Stadtscchutz Wuppertal“ fremdenfeindliche Parolen verbreiten und öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen, nachdem dies bereits dem Kreisverband Dortmund

und Wuppertaler Salafisten mit ähnlichen Aktionen gelungen war. In der Selbstdarstellung des Kreisverbandes hieß es, „um ihren Teil zu mehr Sicherheit, Recht und Ordnung in unserer Stadt beizutragen“. Außerdem wurde der Kreisvorsitzende im September 2014 vom Landgericht Wuppertal wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Unter anderem hatte er 2011 politisch motiviert einer jungen Frau mit einem Knüppel auf den Kopf geschlagen.

Ferner führte der Kreisverband mehrere Versammlungen durch, in denen er ein „nationales Jugendzentrum“ forderte und wählte damit ein Thema zur Provokation der linken Szene, da das autonome Zentrum in Wuppertal geschlossen werden soll. Bei dieser Kampagne kooperierte man mit der **NPD**.

Der Wuppertaler Kreisverband war auch überregional aktiv und beteiligte sich an allen größeren Demonstrationen von **Die Rechte** in Nordrhein-Westfalen und ebenso an neonazistischen Kundgebungen in Bad Nenndorf (Niedersachsen) oder Dresden (Sachsen). Ebenfalls nahmen die Aktivisten an der HoGeSa-Veranstaltung am 26. Oktober 2014 in Köln und an der BoGiDa-Veranstaltung am 15. Dezember in Bonn teil, wo der Kreisvorsitzende mehrfach als Redner auftrat. Am 3. Oktober 2014 sprach er bei der Demonstration des Hammer Kreisverbandes. Er sagte unter anderem „*Wir sind gekommen um zu bleiben. [...] Und dafür stehen wir mit unserem Namen seit 1923*“ und stellte damit unter dem Applaus der Anwesenden **Die Rechte** in eine ungebrochene Traditionslinie mit dem Nationalsozialismus. 1923 hatte die damalige Reichsregierung die NSDAP verboten.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der nordrhein-westfälische Landesverband und die aktiven Kreisverbände stellten sowohl in ideologischer und personeller Hinsicht als auch bezüglich seiner Aktivitäten eine Weiterführung der verbotenen Kameradschaften dar. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen dominiert innerhalb der Gesamtpartei inhaltlich, personell und durch seine Vielzahl an Aktivitäten. Um das Parteienprivileg zu sichern, nimmt **Die Rechte** pro Forma einige parteitypische Aktivitäten auf. Dies geschieht beispielsweise durch die Arbeit in den Stadträten in Dortmund und Hamm. Insofern verschärft sich die Parteienkonkurrenz im rechtsextremistischen Parteienspektrum in Nordrhein-Westfalen. So sind bereits einige Personen von der **NPD** zu **Die Rechte** gewechselt, um einem möglichen Verbot der **NPD** zu entgehen oder weil sie aus Unzufriedenheit mit dem derzeitigen Kurs der **NPD** ohnehin nach einer radikaleren Variante suchten.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_dierecht](#)